

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 17. Sitzung des Ortsbeirates Neustadt (OBR Neu/017/2016)

am Montag, 18. Januar 2016,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Neustadt, Bürgersaal,
Hoyerswerdaer Straße 3, 01099 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:Vorsitzender

André Barth

Stellvertretende Vorsitzende

Mandy Pretzsch

Mitglied Liste CDU

Jörg Logé

Mitglied Liste DIE LINKE

Annegret Gieland

Holger J. C. Knaak

ab 17.40 Uhr

Nicole Schumann

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Torsten Abel

ab 17.35 Uhr

Marco Joneleit

ab 17.45 Uhr

Katja Meier

Klemens Schneider

Ulla Wacker

ab 17.35 Uhr

Mitglied Liste SPD

Prof. Dr. Christoph Meyer

ab 17.36 Uhr

Johanna Thielke

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Stefan Strauß

ab 17.36 Uhr

Mitglied Liste FDP

Benita Horst

Stellvertretende Mitglieder

Hedda Adam

Vertretung für Herrn Lutz Barthel

Torsten Bittermann

Vertretung für Frau Kristin Hofmann

Jan Kossick

Vertretung für Herrn Marcel Ritschel

Valentin Lippmann

Vertretung für Herrn Oliver Mehl ab 17.33 Uhr

Abwesend:Mitglied Liste CDU

Lutz Barthel

Mitglied Liste DIE LINKE

Kristin Hofmann

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Oliver Mehl

Mitglied Liste PIRATEN

Marcel Ritschel

Verwaltung:

Herr Görden	Jugendamt, Abt.-Leiter Grundsatz, Planung und Verwaltung
Frau Kramer	Straßen- und Tiefbauamt, Planungs- und Entwurfsingenieurin
Frau Förster	Amt für Wirtschaftsförderung, Abt.-Leiterin Kommunale Märkte
Herr Görl	Amt für Wirtschaftsförderung, Sachbearbeiter Konzessionen kommunale Märkte

Gäste:

Frau Georgi	Ingenieurbüro Igba
Herr Stalman-Fischer	SPD-Fraktion
Herr Lichdi	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Schriftführerin:

Cathleen Wondra	Sachbearbeiterin für Ortsbeiratsangelegenheiten
-----------------	---

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|--------------|--|-------------------------------------|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift zur 15. Ortsbeiratssitzung am 07.12.2015 und zur 16. Ortsbeiratssitzung am 15.12.2015 | |
| 2 | Information zum Thema "unbegleitete ausländische Minderjährige" | |
| 3 | Information über die Erneuerung der Fahrbahn der HansasträÙe zw. Deutsche-Bahn-Brücke und Shell-Tankstelle einschl. Errichtung der Fußgängerlichtsignalanlage i.H. des öffentlichen Weges 59 | |
| 4 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 4.1 | Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden zur Durchführung des Dresdner Stadtfestes (Stadtfestsatzung) | V0469/15
beratend |
| 4.2 | Wiederaufbau Narrenhäusel | A0155/15
beratend |
| 4.3 | Vervollständigung der Westerweiterung des Alaunparks | A0160/15
beratend |
| 5 | Informationen, Hinweise und Anfragen | |
| 5.1 | Aktuelle Informationen zum Thema Asyl | |
| 5.1.1 | Beschaffung von Hotelkapazitäten zur Unterbringung asylsuchender Menschen | V0890/15
zur Information |
| 5.2 | Sonstige Informationen und Anfragen | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Barth, Vorsitzender, begrüßt die Mitglieder und Stellvertreter des Ortsbeirates Neustadt sowie die Gäste zur 17. Sitzung.

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 17 Ortsbeiräten sind 10 anwesend, so dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Für die Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Thielke und Herr Bittermann vorgeschlagen.

1 Kontrolle der Niederschrift zur 15. Ortsbeiratssitzung am 07.12.2015 und zur 16. Ortsbeiratssitzung am 15.12.2015

Die Niederschrift der 15. Ortsbeiratssitzung am 07.12.2015 wurde von Frau Wacker und Herrn Schneider unterzeichnet. Die Niederschrift der 16. Ortsbeiratssitzung (Sondersitzung) am 15.12.2015 wurde von Frau Gieland und Herrn Mehl unterzeichnet. Einwendungen liegen jeweils keine vor.

2 Information zum Thema "unbegleitete ausländische Minderjährige"

Herr Görden vom Jugendamt informiert die Ortsbeiräte zum Thema unbegleitete ausländische Minderjährige.

Derzeit werden in Dresden 286 unbegleitete ausländische Minderjährige als Inobhutnahme betreut. Das Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden ist verpflichtet, alle ausländischen Minderjährigen, die ohne Sorgeberechtigte in Dresden ankommen, in Obhut zu nehmen. Nach einer sozialpädagogischen Alterseinschätzung und Gesprächen wird versucht, Kontakt zu Verwandten aufzunehmen. Die jungen Menschen sind meist männlich, zwischen 14 und 17 Jahre alt und kommen vorwiegend aus Afghanistan und Syrien. Die Jugendlichen werden vom Jugendamt bedarfsgerecht sozialpädagogisch und medizinisch betreut und versorgt und meist dezentral in Einrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe untergebracht. Die Unterbringung der Jugendlichen ist in der Regel bis zur Volljährigkeit notwendig, kann aber vorzeitig beendet werden, sobald sie mit ihrer Familie zusammengeführt werden können. Wenn die Eltern nicht gefunden werden, können die Jugendlichen ab dem 18. Lebensjahr selbst einen Asylantrag stellen. Die Internetseite www.dresden.de/jugendamt bietet einen Überblick über die Möglichkeiten zu helfen. Ansprechpartnerin im Jugendamt ist Kathrin Ramme, Telefon 0351-4884674, E-Mail uam@dresden.de.

Im Ortsamtsgebiet Neustadt gibt es derzeit keine Stellen zur Inobhutnahme von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen. Die freien Träger Diakonie, Outlaw und Malwina seien hier aber sehr engagiert und bestrebt, Wohngruppen einzurichten. Angestrebt sind gemischte Wohngruppen.

Da die ursprünglich 18 Plätze des Kinder- und Jugendnotdienstes nicht ausreichen, habe man zusätzlich in Jugendherbergen Plätze angemietet, wo die Minderjährigen rund um die Uhr sozialpädagogisch betreut werden.

Der Vorsitzende möchte wissen, wie sich die zukünftige Unterbringung gestalten wird, wenn sich die Zuweisungen wie im Vorjahr fortsetzen und die Kapazitäten der Stadt derzeit ausgeschöpft sind.

Herr Görden verweist darauf, dass die Aufnahmequote gegenwärtig erfüllt, sogar übererfüllt sei. Drei bis fünf Plätze stünden noch als Reserveplätze zur Verfügung. Oft würden die Jugendlichen auch wieder verschwinden, wenn sie z. B. Onkel oder Tante in einer anderen Stadt ausfindig gemacht haben. Es sei ein schwankender Prozess. In drei Wochen würden außerdem neue Angebote der freien Träger ans Netz gehen, so dass wieder freie Plätze in den Inobhutnahmestellen entstünden.

Frau Meier erfragt, ob eine Aufstockung der MitarbeiterInnen im Jugendamt erfolgt sei, ob es entsprechende Schulungen gäbe und ob Supervisionen sichergestellt seien.

Herr Görden informiert, dass die Stellen massiv aufgestockt wurden. Man schramme immer wieder an der Kapazitätsgrenze, zum Teil erfolge eine Kompensation durch Umgruppierung und zeitweiliger Abordnung. Die Kolleginnen und Kollegen würden geschult und eingewiesen. Mittel für Supervisionen seien grundsätzlich vorhanden.

Nach Klärung weiterer Fragen durch Herrn Görden bittet der Vorsitzende abschließend in einem halben Jahr erneut über den aktuellen Stand zu informieren.

3 Information über die Erneuerung der Fahrbahn der HansasträÙe zw. Deutsche-Bahn-Brücke und Shell-Tankstelle einschl. Errichtung der Fußgängerlichtsignalanlage i.H. des öffentlichen Weges 59

Frau Kramer vom Straßen- und Tiefbauamt und Frau Georgi vom Ingenieurbüro IGBA informieren die Ortsbeiräte zur Erneuerung der Fahrbahn der HansasträÙe zwischen Deutscher-Bahn-Brücke und Shell-Tankstelle einschließlich der Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage in Höhe des öffentlichen Weges 59:

Die Erneuerung der Fahrbahn auf der HansasträÙe erfolgt zwischen Fritz-Reuter-StraÙe und Weinböhlauer StraÙe, genauer 50 m nach dem Brückenbauwerk bis zur Zufahrt Shell-Tankstelle. Die Bauzeit ist vom 13.06. bis 30.08.2016 vorgesehen.

Im Rahmen der Fahrbahnerneuerung ist folgendes geplant: Verlängerung der Grüninsel um 40 m und Verbreiterung dieser um die als Sperrfläche markierte Asphaltbahn inkl. 11 zusätzlicher Baumpflanzungen; Erneuerung des Gerinnes auf der gesamten Länge von 515 m; punktuelle Bordanpassungen; Sanierung der Schächte und Kanäle durch die Stadtentwässerung; Herstellung einer Mittelinsel mit Lichtsignalanlage für Fußgänger i.H. des öffentlichen Weges 59 (Bedarfsampel); Erneuerung des Straßenoberbaus in Asphalt 30 cm dick; damit einhergehend Verkürzung der Zufahrt zur Shell-Tankstelle.

Während der Baumaßnahme sind folgende 5 Verkehrsführungsphasen vorgesehen:

1. vom 13.06 bis 26.02.2016:
Sperrung stadtwärtige Lastspur auf gesamter Länge
→ stadtwärtiger Fahrverkehr nur auf stadtwärtiger Überholspur
punktuelle Sperrung der landwärtigen Lastspur
→ landwärtiger Fahrverkehr teilweise nur auf landwärtiger Überholspur
2. vom 27.06.2016 bis 13.07.2016:
Sperrung stadtwärtige Lastspur und Überholspur auf gesamter Länge
→ landwärtiger Fahrverkehr auf landwärtiger Lastspur
→ stadtwärtiger Fahrverkehr auf landwärtiger Überholspur
3. vom 14.07.2016 bis 24.07.2016:
Sperrung stadtwärtige und landwärtige Überholspur auf gesamter Länge
→ landwärtiger Fahrverkehr auf landwärtiger Lastspur
→ stadtwärtiger Fahrverkehr auf stadtwärtiger Lastspur
4. vom 25.07.2016 bis 07.08.2016:
Sperrung landwärtige Lastspur und Überholspur auf gesamter Länge
→ stadtwärtiger Fahrverkehr auf stadtwärtiger Lastspur
→ landwärtiger Fahrverkehr auf stadtwärtiger Überholspur

5. vom 08.08.2016 bis 30.08.2016

Punktuelle Sperrungen einzelner Fahrspuren für den Einbau der Lichtsignalanlagen-Insel, Baumpflanzungen und Rückbau der bauzeitlichen Überfahrt

Frau Horst möchte wissen, warum die Zufahrt zur Shell-Tankstelle so stark verkürzt wurde, und sieht darin möglicherweise einen neuen Auffahrunfallschwerpunkt.

Frau Kramer informiert, dass dies von der Straßenverkehrsbehörde als ausreichend bestätigt wurde und mit den straßenbaurechtlichen Grundlagen übereinstimme. Da zur Aufweitung wegen der Mittelinsel drei Platanen gefällt werden müssten, soll in diesem Bereich ein Grünstreifen mit vier neuen Platanen entstehen. Zudem werde die Geschwindigkeit von bisher 60 km/h auf 50 km/h herabgesetzt.

Frau Meier möchte folgende Fragen beantwortet wissen: wie hoch sind die Kosten, wie lange ist die Baustelle geplant, wie lang und breit ist die Mittelinsel für die Fußgänger und ist sie barrierefrei?.

Frau Kramer informiert, dass sich die Kosten auf 750.000 Euro belaufen. Die Landeshauptstadt Dresden hat als Straßenbaulastträger Fördermittel beim Bund beantragt.

Frau Georgi ergänzt, dass die Baustelle bis zum 30.08.16 bestehe. Die Insel werde 15 m lang und 2,5 m breit mit einem auf 3 cm abgesenkten Rundbord sein.

Herr Schneider fände eine komplette Absenkung des Bordes sinnvoller.

Frau Georgi verweist darauf, dass das nur bei reinen Radverkehrsanlagen möglich sei. Darüber hinaus gebe es ein technisches Regelwerk der Stadtverwaltung Dresden, das eine Absenkung von 3 cm hier vorsieht. Dieses Regelwerk sei u. a. auch mit dem Behindertenverband abgestimmt.

Frau Wacker erfragt, wie die Reduzierung der Geschwindigkeit von 60 auf 50 km/h eingeführt bzw. begleitet werden solle.

Frau Georgi kündigt an, dass das Straßen- und Tiefbauamt ein Schild aufstellen wird, um auf die Änderung hinzuweisen.

Frau Gieland erkundigt sich, ob es Vorgaben für die Dauer der Grünphase gebe bzw. ob diese für eine komplette Überquerung reiche oder ob die Mittelinsel über ausreichend Platz zum Warten verfüge.

Frau Georgi geht davon aus, dass die Grünschaltung ausreiche, um alle vier Fahrspuren zu überqueren. Aber die Breite von 2,50 m würde auch für Radfahrer zum Warten ausreichen.

Der Ortsbeirat räumt Herrn Michael Ton mit 16 Ja- und 1 Nein-Stimme Rederecht ein. Herr Ton möchte wissen wie die Wartezeiten für die neue Fußgängerampel sind oder ob diese mit den vor- und nachgeordneten Ampeln gekoppelt sei. Er gibt zu Bedenken, dass bei zu langen Wartezeiten eine Grünphase nicht abgewartet werde. Zudem gibt er zu Bedenken, dass 2, 50 m nicht für ein Fahrrad mit Anhänger zum Warten ausreichen würden.

Frau Georgi führt aus, dass die Insel nicht breiter gestaltet werden könne - schon jetzt müsse ein Teil des Grünstreifens weggenommen werden.

Bezüglich der Schaltung der Lichtsignalanlage sichern Frau Georgi und Frau Kramer den Ortsbeiräten zu, die Antworten nachzureichen.

4 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

4.1 Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden zur Durchführung des Dresdner Stadtfestes (Stadtfestsatzung) V0469/15 beratend

Frau Förster und Herr Görl vom Amt für Wirtschaftsförderung stellen den Ortsbeiräten die o. g. Vorlage vor.

Grundsätzlich, insbesondere jedoch vor dem Hintergrund der anstehenden Neuausschreibung des Dresdner Stadtfestes sind umfassende Veränderungen bezüglich der Inhalte der Stadtfestsatzung der Landeshauptstadt Dresden (LHD) erforderlich, die eine vollständige Neufassung sinnvoll machen.

Eine begriffliche Klarstellung erfolgt hinsichtlich der Veranstalterereignischarakter. Diese liegt aufgrund der Rechtsstellung der LHD als Konzessionsgeberin und der damit verbundenen, letztinstanzlichen Entscheidungsgewalten stets bei der LHD.

Eine erhebliche Erweiterung der Inhalte erfährt die Stadtfestsatzung durch die Aufnahme von Regelungen hinsichtlich der Gestaltungen von Verkaufseinrichtungen und Fahrgeschäften. Deren Formulierung orientiert sich an den einschlägigen Regelungen der Jahr- und Spezialmarktsatzung als auch der Wochenmarktsatzung der LHD. Ziel der Verfahrensweise ist die Definition gleichlautender Wertmaßstäbe für die Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen in der Verantwortlichkeit der LHD.

Das Kartenwerk wurde neu gestaltet. Neben den bisherigen Veranstaltungsstandorten werden mit der Devrientstraße/ Am Zwingerteich sowie der Prager Straße zwei zusätzliche Standorte für das Dresdner Stadtfest ausgewiesen, die als Alternativflächen während der Baumaßnahmen an der Augustusbrücke sowie diverser Baumaßnahmen in der Dresdner Neustadt ab der 2. Jahreshälfte 2016 zur Verfügung stünden. Da eine Umleitung der erheblichen Besucherströme über die Marien- und die Carolabrücke während dieser Zeit bei laufendem Verkehr aus Sicherheitsgründen ausscheiden würden, wird für die Dauer der Baumaßnahmen das Stadtfest auf die Altstadt beschränkt. Da die tatsächliche Dauer der Bauarbeiten noch nicht bekannt sei, werde auf die Befristung der Ausweisung dieser Ersatzflächen verzichtet. Die Satzung soll am 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Herr Logé versteht die Systematik um die Ausgleichsflächen nicht. Die Befristung dieser für die Bauzeit der Augustusbrücke wird zwar in der Begründung erwähnt, nicht aber im Beschlusstext. Herr Görl weist darauf hin, dass die Flächen in der Neustadt in der Stadtfestsatzung weiter enthalten sind. Die bisherigen Stadtfestflächen blieben also zuzüglich der Ersatzflächen erhalten. Da man die Dauer für die Brückensanierung nicht kenne, habe man auf eine Befristung verzichtet. Die Einziehung der Alternativflächen soll einer späteren Satzungsänderung auf der Grundlage des tatsächlichen Baufortschritts vorbehalten bleiben.

Frau Förster ergänzt, dass die Flächen in der Neustadt für das Stadtfest thematisch unabdingbar seien und man nicht beabsichtige, diese vom Stadtfest abzuschneiden.

Frau Horst hinterfragt, ob mögliche Fußgängerquerungen ausreichend geprüft wurden. Sie beantragt die Vorlage zu vertagen bis konkrete Angaben zum Brückenbau vorlägen.

Frau Förster informiert, dass vorbereitende Baumaßnahmen bereits nach dem Stadtfest 2016 beginnen würden. 2017 würde auf der Augustusbrücke nur ein schmaler Fußwegstreifen von 5 m verbleiben. Eine Überquerung von 400.000 Menschen sei aus Sicherheitsgründen abzu-

lehnen. Die Marienbrücke sei zu Fuß 20 Minuten entfernt und könne als wichtiger Zubringer zur Autobahn nicht gesperrt werden. Die Carolabrücke würden täglich 32.000 Autos überqueren, so dass auch hier eine Umleitung der Besucherströme aus Sicherheitsgründen auszuschließen sei.

Herr Schneider betont, dass das Stadtfest für die Gewerbetreibenden wichtig sei. In seinen Augen habe das Angebot auf Neustädter Seite auch zu einer Aufwertung des Stadtfestes geführt.

Herr Dr. Meyer regt an, die Vollsperrung der Carolabrücke zu prüfen, immerhin gehöre nicht nur die Altstadt zur Stadt und damit zum Stadtfest.

Herr Lippmann regt einen Begleitbeschluss an. Er halte aber ein Angebot auf Neustädter Seite zum Stadtfest auch ohne Brückenschlag für möglich.

Den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung lehnt der Ortsbeirat mit 1 Ja- und 16 Nein-Stimmen ab.

Herr Logé stellt den Ergänzungsantrag, mit Abschluss der Sanierungs-/ Baumaßnahmen an der Augustusbrücke die Ausweichflächen gemäß Anlage 14 bis 17 aufzuheben. Der Ortsbeirat stimmt diesem mit 14 Ja- und 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 234), beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden die Satzung der Landeshauptstadt Dresden zur Durchführung des Dresdner Stadtfestes (Stadtfestsatzung).

Mit Abschluss der Sanierungs-/ Baumaßnahmen an der Augustusbrücke werden die Ausweichflächen gemäß Anlage 14 bis 17 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 16 Nein 1 Enthaltung 0

4.2 Wiederaufbau Narrenhäusel

**A0155/15
beratend**

Herr Stalman-Fischer stellt den o. g. Antrag seiner Fraktion vor.

Der Vorsitzende berichtet aus der Sicht des Geschäftsbereichs Finanzen und Liegenschaften: demnach bedarf die Veräußerung des Grundstückes der vorherigen städtebaulichen und stadtplanerische Klärung.

Da die Bebauung eines kleinen Teils des Areals zwischen Augustusbrücke, Köpkestraße und Finanzministerium, ohne Prüfung und Beachtung der zukünftigen Gesamtbebauung nicht zielfüh-

rend erscheine, bittet Herr Abel die Ortsbeiräte folgenden Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu unterstützen:

1. Für das Areal zwischen Augustusbrücke, Köpkestraße und dem Finanzministerium auf der Neustädter Elbseite wird ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt.
2. Die städtebaulichen und funktionalen Zielstellungen des Wettbewerbes sind in einem ergebnisoffenen, seitens der Stadt zu initiiierenden rundem Tisch/Anhörung vorzuklären. In diese Zielfindung sind alle relevanten Interessenträger innerhalb der Stadtgesellschaft einzubeziehen. Die Belange des Hochwasserschutzes und der Umwelt sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Der Ortsbeirat hat eine differenzierte Meinung: Auf der einen Seite werden Bedenken geäußert, dass der an einer Errichtung des Narrenhäusls interessierte Investor bei einem städtebaulichen Wettbewerb dann möglicherweise abspringe. Außerdem sei auch die Stimmung in der Bevölkerung zu berücksichtigen - immerhin seien 9.000 Stimmen im Rahmen einer Petition zur Errichtung des Narrenhäusls zusammengekommen. Der Wettbewerb müsste ja nicht für die übrigen Flächen ausgeschlossen werden und der SPD-Antrag könne um den der Grünen ergänzt werden. Auf der anderen Seite wird angemerkt, dass 9.000 Befürworter bei einer Einwohnerzahl von mehr als 500.000 eher einen geringen Anteil darstellten. Der SPD-Antrag gebe zudem nur einen Historienabriss ohne städtebauliche Argumente zu nennen. Die Suche nach einem neuen Investor bei einer absoluten 1a-Lage wie dieser werde als unproblematisch erachtet. Zudem hätten bereits die Sächsische Akademie der Künste sowie der Bund der deutschen Landschaftsarchitekten Bedenken angemeldet. Fragen wie Hochwasserschutz und Anbindung an den Elberadweg müssten zuvor geklärt werden. Auch sei zu beachten, dass die Augustusbrücke, nachdem sie 1907 abgerissen wurde, höher gelagert wieder errichtet wurde und somit nicht die historische Situation widerspiegele.

Frau Horst beantragt eine punktweise Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Bündnis 90/ Die Grünen. Der Ortsbeirat stimmt mit 10 Ja und 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung diesem zu.

Abstimmung: Ersetzung - punktweise Abstimmung

1. Für das Areal zwischen Augustusbrücke, Köpkestraße und dem Finanzministerium auf der Neustädter Elbseite wird ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 12 Nein 4 Enthaltungen 1

2. Die städtebaulichen und funktionalen Zielstellungen des Wettbewerbes sind in einem ergebnisoffenen, seitens der Stadt zu initiiierenden rundem Tisch/Anhörung vorzuklären. In diese Zielfindung sind alle relevanten Interessenträger innerhalb der Stadtgesellschaft einzubeziehen. Die Belange des Hochwasserschutzes und der Umwelt sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 11 Nein 5 Enthaltungen 1

4.3 Vervollständigung der Westerweiterung des Alaunparks**A0160/15
beratend**

Herr Lichdi, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, stellt den Ortsbeiräten o. g. gemeinsamen Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD vor.

Die Ziele des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 383, Dresden-Neustadt Nr. 36, Westerweiterung Alaunplatz vom 3. Juni 2014 (V2943/14) sollen mit diesem Antrag überschrieben werden - zum einen soll der Planungsauftrag Parkplatz weggenommen und zum anderen das gesamte Gebiet dem Alaunpark zugewiesen werden.

So formuliert der Antrag folgende Forderungen:

1. Die Stadtverwaltung solle das Gebiet in nördlicher Verlängerung des Grundstücks Nr. 2865/18 bis zur Tannenstraße erwerben und in die Parkerweiterungsplanung einbeziehen. Eine Bebauung oder Anordnung von Parkplätzen soll verbindlich ausgeschlossen werden.
2. Die Stadtverwaltung solle des Weiteren das Teilstück des Grundstücks Nr. 2865/17 zwischen der vorhandenen Bebauung und der Tannenstraße erwerben und einen Zugang für Fuß- und Radfahrer in einem breiten Grünstreifen mit Biotopverbundfunktion von der Königsbrücker Straße entlang der Tannenstraße zum Alaunpark planen. Auch hier ist eine Wohnbebauung und die Anordnung von Parkplätzen verbindlich auszuschließen
3. Die Westgrenze des Grundstücks Nr. 2865/18 hält einigen Abstand zu den denkmalgeschützten Lagerhallen auf dem Grundstück Nr. 2865/17. Es solle geprüft werden, ob an dieser Stelle eine Erweiterung des Alaunparks nach Westen möglich ist.

Der Vorsitzende informiert aus Sicht des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bau und Verkehr: Das Flurstück 2865/17 befindet sich wie vormals das neu vermessene Flurstück 2865/18 (Fläche des ehemaligen Sportplatzes der sowjetischen Garnison) im Eigentum des Freistaates Sachsen. Dem Freistaat Sachsen, vertreten durch den Sächsischen Staatsbetrieb Bau und Immobilienmanagement (SIB), liegt eine ausdrückliche Interessenbekundung der Landeshauptstadt vor, zu der regelmäßig nachgefragt werde. Gegenüber der Landeshauptstadt lehne der Freistaat bislang Gespräche zu dieser Fläche mit dem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossene Eigenbedarfsprüfung ab. Die dem Antrag zugrunde liegenden städtebaulichen Ziele wie die Ausbildung einer westlichen Raumkante oder die Radwegführung werden ausdrücklich befürwortet und entsprechen den Intentionen der Stadtplanung. Da die dafür notwendigen Grundstücke nicht im städtischen Eigentum stehen und der Freistaat Sachsen andere Ziele z.B. für die Unterbringung von Behördenstandorten verfolgt, sei das angestrebte Planverfahren nicht zielführend.

Herr Loge gibt zu Bedenken, dass im Zuge der Sanierung der Königsbrücker Straße Parkplätze in nicht geringem Maße wegfallen würden. Er möchte wissen, wie dies berücksichtigt werde. Diese Flächen waren ja zum Teil als Parkplätze vorgesehen.

Herr Lichdi bemerkt, dass es sich bei den von ihm angesprochenen Parkplätzen um einen nicht öffentlichen Parkplatz des SIB handele, der in seinen Augen auskömmlich erscheine. Ob so viele Parkplätze im Zuge der Sanierung der Königsbrücker Straße wegfallen würden, wäre nicht sicher. Er überlasse das der Prüfung, ob eine Verlagerung möglich sei.

Herr Lippmann verweist darauf, dass es ein gültiges Behördenstandort-Konzept des Freistaates gäbe. Er halte die Argumentation des Freistaates für vorgeschoben, da dieses Konzept keine Planungen für diesen Standort vorsehe.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 2 Enthaltung 2

5 Informationen, Hinweise und Anfragen**5.1 Aktuelle Informationen zum Thema Asyl**

Folgende Unterlagen werden den Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten zur Information ausgereicht:

- Aktuelle Informationen des Sozialamtes mit Stand vom 14.01.2016

Frau Gieland weist darauf hin, dass die Hotelkapazitäten an der Fritz-Reuter-Straße nicht mit aufgeführt sind.

Der Vorsitzende versichert, dass dies zur nächsten Information berücksichtigt werde.

- Newsletter des Sächsischen Ausländerbeauftragten Nr. 18/15 vom 21.12.2015 und Nr. 01/16 vom 13.01.2016
- Pressemitteilung vom 17.01.2016 „Klausur zum Thema Asyl - Flexibles Konzept soll Unterbringung auch finanziell kalkulierbar machen“

Der Vorsitzende informiert außerdem zu Führungen für Unterstützer von Migranten zur Ausbildungs-, Job- und Gründermesse KarriereStart in der Messe Dresden. Ziel solle es sein, die Unterstützenden - seien es Sozialarbeiter oder Ehrenamtliche - über relevante Ansprechpersonen nicht nur bei Behörden, sondern auch in der Wirtschaft zu informieren. Dazu würden verschiedene Stationen besucht, um mit den Unternehmensvertretern ins Gespräch zu kommen. An den Ständen werde zu Arbeitsperspektiven der jeweiligen Branche, den Anforderungen an eine Arbeitsaufnahme sowie zu Beispielen für Wege zur Arbeitsaufnahme von Migranten informiert (u.a. Organisation von Praktika, Ausbildungswege etc.): Führung 1 am Freitag, den 22.01.2016, 14:30 Uhr; Führung 2 am Sonnabend, den 23.01.2016, 11:30 Uhr.

Des Weiteren informiert er über die Einladung des Kinos in der Fabrik und des Fördervereins zur Filmveranstaltung für Flüchtlinge und Asylbewerber am Sonntag, den 24.01.2016 um 12 Uhr zu Charlie Chaplin - „The Circus“.

Auch informiert der Vorsitzende über mehrsprachige Informationen des Verkehrsverbundes Oberelbe zu Bus und Bahn: Zur Information von Asylsuchenden habe der VVO gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen (DVB, Eisenbahngesellschaften und regionale Busunternehmen) Informationen zu Bussen und Bahnen in vier Sprachen (Arabisch, Englisch, Französisch und Kroatisch) veröffentlicht.

Auf Wunsch werden die mündlichen Informationen den Ortsbeiratsmitgliedern noch einmal per E-Mail übermittelt.

Der Vorsitzende berichtet abschließend von der Verkehrsteilnehmerschulung im Ortsamt am 12.01.2016: es hatten sich keine Interessenten gemeldet, so dass der Termin ausfallen musste - die Information sei wohl in den Netzwerken leider untergegangen. Er weist daraufhin, dass der nächste Termin am 18.02.2016 stattfindet.

5.1.1 Beschaffung von Hotelkapazitäten zur Unterbringung asylsuchender Menschen

**V0890/15
zur Information**

zur Kenntnis genommen

5.2 Sonstige Informationen und Anfragen

Folgende Unterlagen werden den Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten zur Information ausgeteilt:

- Broschüre „Gut gelaufen, gern gefahren“ - Mobilität in Dresden und Umland unter der Lupe- Ergebnisse aus der Verkehrserhebung SRV 2013
- Broschüre „25 Jahre Stadterneuerung - Dresden im Wandel“, November 2015
- Pressemitteilung vom 13.01.2016 „Projekte für eine nachhaltige soziale Stadtentwicklung gesucht“
- Präsentation „Sauber ist schöner! 2016“ mit der Elbwiesenreinigung am 16.04.2016

Der Vorsitzende beabsichtigt gemeinsam mit Ortsbeiräten wie im Vorjahr im Rahmen der Aktionswoche „Sauber ist schöner“ unter dem Motto „Saubere Gespräche“ eine Bürgersprechstunde durchzuführen. Die Ortsbeiräte signalisieren ihre Unterstützung.

Der Vorsitzende bittet noch einmal um eine Rückmeldung bis zur nächsten Woche zum CDU-Antrag „Verzicht auf Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung in Dresden“.

Das Verfahren zur Reinigung des Alaunparkes werde wie im Vorjahr vorbereitet, so der Vorsitzende. Man wisse jedoch noch nicht wie sich die Haushaltssperre auswirken werde, außerdem sei die Westerweiterung in der Müllentsorgung kostenmäßig nicht enthalten. Er bittet im Frühjahr die Ortsbeiräte ggf. um Unterstützung.

Der Vorsitzende informiert, dass nach derzeitigem Stand, eine Information der Ortsbeiräte zum Prießnitz-Unterlauf für den Sommer 2016 angestrebt werde.

Des Weiteren setzt er die Ortsbeiräte davon in Kenntnis, dass die Sprechstunde der Bürgerpolizisten im Ortsamt Neustadt im April 2016 ausläuft, da kein Interesse bestehe. Ein Hinweis auf die Sprechstunde wurde mehrfach bekannt gemacht. Man habe damit den Umzug des Polizeireviere von der Bautzner Straße auf die Stauffenbergallee kompensieren wollen.

Analog der Arbeitsgruppe (AG) Ordnung und Sauberkeit im Ortsamt sei die AG Ordnung und Sicherheit mit Vertretern des Ordnungsamtes, der Polizei und Vertretern des Stadtteils unter Leitung des Ortsamtes ins Leben gerufen worden und es habe eine erste Sitzung im Dezember des Vorjahres gegeben, so der Vorsitzende. Anlass waren verschiedene Beschwerden zur Sicherheitslage. Zusätzlich verweist er auf die Kriminalitätsstatistik, vorgestellt zur Ortsbeirats-sitzung am 05.10.2015, wonach ein Anstieg der Straftaten, wie z.B. Diebstahl zu verzeichnen ist. Er informiert des Weiteren, dass Gastronomen und Clubbetreiber der Neustadt eine einrichtungsübergreifende Security gegründet hätten. Seit Beginn des Jahres laufe die Pilotphase, die

zunächst bis Ende Januar dauern soll. Über eine Telefonnummer seien die vier Securityleute für die rund 20 beteiligten Gastronomen zu erreichen und bei Bedarf anzufordern. Durchgesetzt werden dürfe nur das Hausrecht des jeweiligen Betreibers, die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit falle weiter in den Zuständigkeitsbereich der Polizei und des Ordnungsamtes.

Der Vorsitzende beabsichtige eine Information zur AG Ordnung und Sicherheit im Frühjahr dieses Jahres sowie eine zeitnahe Vorstellung der neuen Kriminalitätsstatistik voraussichtlich zur Sitzung am 02.05.2016.

Abschließend informiert der Vorsitzende über einen gemeinsamen Termin mit der Schwafelrunde und dem Ordnungsamt im Ortsamt Neustadt am 27.01.2016, zur Auswertung der Konsequenzen aus der Sicherheitsanalyse zur Bunten Republik Neustadt. Auch der Ortsbeirat soll im Februar darüber informiert werden.

Anfragen der Ortsbeiräte:

Frau Wacker möchte wissen, wie es mit dem Beruflichen Schulzentrum für Wirtschaft „Prof. Dr. Zeigner“ an der Melanchthonstraße weitergehe. Trotz mangelnden Brandschutzes und maroder elektrischer Leitungen sei die Sanierung erneut abgesagt worden. Der Vorsitzende sichert eine Anfrage an das entsprechende Fachamt zu.

Des Weiteren fragt Frau Wacker an, welche Ausweichstandorte für die Sanierung des Gymnasiums Dreikönigsschule zur Verfügung stünden.

Herr Barth verweist auf ein Gebäude am Höckendorfer Weg, das durch die Zusammenlegung von Berufsschulzentren frei werden würde. Diesen Hinweis habe er bereits dem Schulleiter Herrn Jonas gegeben.

Frau Wacker bemängelt, den Containerstandort Talstraße, der nach dem Betreiberwechsel zum Jahreswechsel nur unzureichend gereinigt werde.

Dem Vorsitzenden sei das Problem bereits bekannt. Das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft arbeite bereits an der Durchsetzung einer vertragsgemäßen Erfüllung.

Abschließend verweist Frau Wacker auf die neu angebrachten Poller im Bereich „Louisengrün“. Die Teilautoflächen würden trotzdem unerlaubt beparkt werden.

Der Vorsitzende bittet Frau Wacker ihm die Anfragen noch einmal schriftlich zukommen zu lassen.

Herr Bittermann möchte wissen, ob er an der AG Ordnung und Sicherheit teilnehmen könne. Der Vorsitzende versichert, dass im Rahmen konkreter Anliegen eine Teilnahme und Mitwirkung jederzeit möglich sei.

André Barth
Vorsitzender

Cathleen Wondra
Schriftführerin

Johanna Thielke
OBR-Mitglied

Torsten Bittermann
OBR-Mitglied